

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 39/39
Telefax: 5 86 846 ppbn d

Inhalt

42. Jahrgang / 143

31. Juli 1987

Dr. Anke Martiny MdB zur Weigerung der Lebensversicherungen, mit AIDS-Kranken Verträge abzuschließen: Die bayerische Hysterie-Saat geht auf.

Seite 1

Reinhold Hiller MdB zum Versuch der Union, die deutsch-deutschen Bezlehnungen auf kommunaler Ebene ihrer eigentlichen Bedeutung zu berauben: Städtepartnerschaften sind ein Stück Friedenspolitik.

Seite 2

Uwe Bartels MdL zum ersten „Geburtstag“ des niedersächsischen Umweltministeriums: Ein Zögling ohne Fortuna.

Seite 3

Renate Schmidt MdB und Dr. Edith Niehuis MdB zur Forderung, die Frauen beruflich wieder einzugliedern: Aufgabe gemeinsam lösen.

Seite 5

Rudolf Müller MdB zur jüngsten Pressekonferenz des Bundeslandwirtschaftsministers: Zu Existenzfragen sagte Kiechle kein Wort.

Seite 6

Die bayerische Saat der AIDS-Hysterie geht auf

Zur Weigerung der Lebensversicherungen, mit AIDS-Kranken Verträge abzuschließen

Von Dr. Anke Martiny MdB

Stellvertretende Landesvorsitzende der Bayerischen SPD und Versicherungsexpertin der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Die Lebensversicherer haben die Katze aus dem Sack gelassen: Sie wollen das AIDS-Risiko für ihre Versicherten ausschließen. AIDS-Infizierte und an den Folgen von AIDS Erkrankte seien „nicht mehr versicherbar“, wie die Pressestelle des Verbandes der Lebensversicherungsunternehmen e.V. jetzt mitteilte.

Zwar wird abgewiegelt - kein Lebensversicherer denke an AIDS-Reihenuntersuchungen der zukünftigen Versicherungsnehmer und bereits Versicherte hätten den vollen Versicherungsschutz - aber dies verdeckt nur mühsam die eigentliche Botschaft: Eine Branche, die nun nicht gerade am Hungertuch nagt, macht gegen AIDS die Schotten dicht. Die bayerische Saat der allgemeinen AIDS-Hysterie geht auf.

Betrachten wir die Sache nüchtern: Wie eigentlich will man ohne Zwangstest - der ja nicht vorgesehen ist, wie die Lebensversicherer betonen - feststellen, ob jemand infiziert ist, und warum reicht die übliche Absicherung, daß man beim Abschluß eines Versicherungsvertrages nichts Wesentliches verschwiegen hat, in dieser Situation nicht aus? AIDS kann doch jeder und jede von heute auf morgen bekommen, ähnlich wie Krebs, auch ein gesundheitliches Risiko mit schlechter Prognose, mit dem Versicherungsnehmer und Versicherer seit langem leben müssen.

Zyniker könnten raten: Wenn Du Angst hast, Du könntest AIDS-infiziert sein, schließe vor einer Untersuchung die Lebensversicherung ab. Oder ist dies nicht vielleicht doch nur der Einstieg, und der Zwangstest kommt? Bayern macht vor, wie das gehen soll.

Die bayerische Saat der allgemeinen AIDS-Hysterie geht aber auch noch anders auf. Wer sich aus der Verantwortung für AIDS davonziehen kann, der tut es. Die Lebensversicherer haben hier die Schamschwelle gesenkt. Das Risiko wird überwältigt auf die gesetzliche Krankenkasse und auf die Sozialhilfe. Wer sich nicht drücken kann, den beißen die Hunde. Dies ist eines Sozialstaates unwürdig.

(-/31.7.1987/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Hausallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mfl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
by the Social Democratic Party



Städtepartnerschaften sind ein Stück Friedenspolitik

Die Union will die deutsch-deutschen Beziehungen auf kommunaler Ebene ihrer eigentlichen Bedeutung berauben

**Von Reinhold Hiller MdB
Mitglied des Bundestags-Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen**

Deutsch-deutsche Städtepartnerschaften füllen den 1972 zwischen den beiden deutschen Staaten geschlossenen Grundlagenvertrag auf der untersten Ebene unserer staatlichen Organisation, den Städten und Gemeinden, mit Leben.

Im Grundlagenvertrag haben sich beide Vertragspartner verpflichtet, auf Anwendung und Androhung von Gewalt gegeneinander zu verzichten. Was liegt also näher, als daß Städte, die in der am massivsten mit Waffen vollgestopften Region Europas über eine der trennendsten Grenzen hinweg eine Partnerschaft eingehen, miteinander vereinbaren, daß, und wie, sie zu Abrüstung und Friedenssicherung beitragen können.

Die Warnung der kommunalpolitischen Vereinigung von CDU und CSU vor der Vereinbarung politischer Grundsatzserklärungen beim Abschluß von deutsch-deutschen Städtepartnerschaften versucht diese Partnerschaften ihrer eigentlichen Bedeutung zu berauben.

Was befürchten die Unionspolitiker eigentlich von Kommunalpolitikern, die ihre deutsch-deutsche Partnerschaft in einer entmilitarisierten - zumindest atom- und chemiewaffenfreien - Zone verwirklichen wollen und deshalb vereinbaren, gemeinsam auf eine solche hinzuwirken?

Wenn der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Herr Waffenschmidt, darauf verweist, daß Städte und Kommunen keine Zuständigkeiten für die Außen- und Sicherheitspolitik haben, hat er natürlich recht. (Die liegt - wie jeder weiß - ja bei der CSU und Herrn Strauß in Bayern!) Aber die Union fürchtet ja nicht wirklich, daß die Bundesrepublik Deutschland durch Vereinbarungen von Kommunalpolitikern völkerrechtlich in Vollzugszwang geraten könnte. Nein, sie fürchtet die Dynamik die entstehen könnte, wenn nicht mehr nur die außerparlamentarische Friedensbewegung - die die Union als Randgruppe möglichst unbeachtet zur Seite schieben möchte -, sondern kommunale Parlamente und Stadtverwaltungen Forderungen an die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesregierung stellen.

Die Union fürchtet, daß der elementare Wunsch der Menschen in Ost und West nach Frieden, Abrüstung und grenzüberwindender Vertrauensarbeit verstärkt der militärischen Logik entgegentritt, die Sicherheit nur in Waffenkategorien denken kann, und die die Sicherheitspolitik der Union bestimmt. Die von den Unionsparteien gewünschte strikte Beschränkung der Städte und Gemeinden auf kommunale Aufgaben - für die ihnen allerdings zunehmend die finanzielle Grundlage entzogen wird - verrät auch die Absicht, die Demokratie in unserer Republik weiter einzuschränken.

Städtepartnerschaften, die die deutsch-deutsche Trennung überwinden wollen, können gar nicht ohne politische Grundsatzserklärungen auskommen. Sie sind Friedens- und Sicherheitspolitik - und dazu sollen sich auch die daran Beteiligten gemeinsam bekennen.

(-/31.7.1987/rs/ks)

* * *



Geburtstag eines Zöglings ohne Fortune

Ein Jahr niedersächsisches Umweltministerium

Von Uwe Bartels MdL

Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

Das politische Kind der Landesregierung, ohne Liebe geboren nach der beinahe verlorenen Landtagswahl, ist dem Krabbelalter entwachsen. Ob der Zögling aber jemals laufen lernen wird, muß bezweifelt werden. Sind doch sein Gitterbettchen und sein Aktionsspielraum von Anfang an darauf zugeschnitten worden, seine Aktivitäten so zu begrenzen, daß er den Lauf anderer bei der Ausbeutung der Umwelt nicht stört. Die schlimmsten Schäden zu begrenzen und den negativen Fallout von der niedersächsischen Landesregierung abzulenken, dies sind seine Aufgaben, nicht aber eine Kontrolle der Umweltnutzung im Sinne der Bewahrung von Ressourcen und der ökologischen Vorsorge, die letztlich auch ökonomisch sind.

Der Naturschutz blieb von vornherein beim Landwirtschaftsministerium. Obwohl die Feststellung des Rats von Sachverständigen für Umweltfragen, dem wissenschaftlichen Beratungsgremium der Bundesregierung, unbestritten ist, daß die intensive landwirtschaftliche Produktion als wichtigste Ursache für den Rückgang der Artenvielfalt und die Nitratbelastung des Grundwassers ist. Dem Landwirtschaftsminister die Kontrolle seiner Klientel zuzugestehen, ist ein umweltpolitischer Sündenfall, der mehr ist als eine Geburtswehe. Nichts kann besser die Rolle des Umweltministeriums beschreiben, die es in der Politik der Landesregierung zu spielen hat. Folgerichtig begreifen auch die Fachabteilungen im Einflußbereich des Umweltministers ihre Aufgabe als „Weitermachen wie bisher“.

Nur die Presserverlautbarungen werden mit dem grünen Balken und dem Aufdruck Umwelt garniert. So legt zum Beispiel die Wasserwirtschaftsverwaltung einen Haushaltsentwurf mit einem 40-Millionen-Programm zur „Förderung des Hochwasserschutzes im Binnenland“ vor. Im Klartext heißt dies: Weiterhin erhalten Flußbegradigungen und Entwässerungsmaßnahmen grünes Licht, um auch noch das letzte Feuchtgebiet, wie in der Dannenberger Marsch, zu eliminieren. Bei der Novellierung des Wasserhaushaltsgesetzes stand nicht die Vermeidung der Einleitung von Schadstoffen an erster Stelle, sondern eine Entschädigungsklausel, die den Verursachern die Verseuchung des Grundwassers mit Nitrat auch noch versilbert.

Den Umweltminister ficht auch die Tatsache, daß er nicht stören soll, nicht an. Beim Sondermüll versteht er sich weiterhin als Müllkutscher der Industrie und entwickelt hektische Aktivitäten, um riesige Beseitigungskapazitäten zu schaffen. In der Hektik übersieht er die Bürger, die seine Standorte ablehnen, und kommt ins Stolpern. Bei der Altlasten-Sanierung verbrämt er die Dioxin-Deponie Münchehagen zum Pilotprojekt und läßt sich von dem bisherigen privatwirtschaftlichen Betreiber des Sondermülllagers Hoheneggelsen, der sich durch den Verkauf finanziell sanieren will, austricksen.



Dagegen ist ein massiver Vorstoß zur Vermeidung und Minimierung von Sonderabfällen in der industriellen Produktion ausgeblieben. Diese Vorsorgepolitik heiße nämlich, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen zu formulieren, die das Entstehen von Abfällen begrenzen. Hier ist entweder das Wirtschaftsministerium zuständig oder aber die Gewerbeaufsicht gefragt - und die ist schon mit ihren gegenwärtigen Aufgaben völlig überlastet. Die Genehmigung oder nachträgliche Überprüfung von emissionsträchtigen Anlagen ist in Niedersachsen ein umweltpolitisches Trauerspiel. Dieses hält den Minister von optimistischer Begleitmusik nicht ab. Die besteht zum Beispiel in dem Versprechen, die Smog-Verordnung nachzubessern. Er vergißt dabei nur zu erwähnen, daß die Smog-Verordnung ein typisches Nachsorgeinstrument ist, das erst dann greift, wenn schon halb Niedersachsen hustet. Zu der Möglichkeit im Bundesimmissionsschutzgesetz, über die Ausweisung von Belastungsgebieten Immissionen erst gar nicht entstehen zu lassen, äußert sich der Minister nicht.

Kennzeichnend für seine Politik ist die Begriffschöpfung, die er für die in Meppen gelagerte Molke erfand. Das „derzeit nicht verwertbare Wirtschaftsgut“ ermöglichte es, Umweltgesetze, wie Atomgesetz und Abfallrecht und die entsprechenden Genehmigungsverfahren, zu umgehen. Ein Umweltministerium, das Gesetze und gesetzliche Vorgaben zur Makulatur erklärt, ist schon ein bemerkenswertes Kapitel bundesdeutscher Umweltpolitik. Während ihm die radioaktiv verseuchte Molke ins Haus quoll, hielt der Minister im Landtag ein flammendes Plädoyer für die Kernenergie. Zwar unter der Überschrift „Für eine neue Nachdenklichkeit“, doch stand das Ergebnis des Nachdenkens schon fest, bevor es überhaupt begonnen hatte.

Der neueste Markstein niedersächsischer Umweltpolitik ist die Übertragung der Kompetenz für die Erteilung von Ausnahmegenehmigungen für die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf nicht wirtschaftlich genutzten Flächen von den Naturschutzbehörden auf die Landwirtschaftskammern. Unkräuter sind zu vernichten, wann immer der Nachbar es will. Offensichtlich ist die Debatte über die Funktion von Wildkräutern für die Artenvielfalt an diesem Umweltministerium vorbeigerauscht.

Fazit: Nach einem Jahr Umweltministerium in Niedersachsen ist festzuhalten, daß von ihm zwar keine neuen Impulse in der Umweltpolitik ausgehen, daß es aber seine Funktion einer staatlichen Beruhigungspille hervorragend erfüllt. Und der Unterhaltungswert der Landespolitik ist mit dem Auftreten von Minister Remmers entschieden gestiegen, die Kompetenz zu politischen Lösungen aber nicht.

(-/31.7.1987/rs/ks)



Den Frauen die berufliche Wiedereingliederung ermöglichen

Eine Aufgabe, die in gemeinsamer Verantwortung zu lösen ist

Von Renate Schmidt MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung der Frau und
Dr. Edith Niehuis MdB
Stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises Gleichstellung der Frau

Eine offensive Beschäftigungspolitik zur Eingliederung von Frauen in Erwerbsarbeit sowie ein Programm zur beruflichen Wiedereingliederung von Frauen, die nach Zeiten überwiegender Familienarbeit wieder in das Berufsleben zurück wollen, ist dringender denn je! Wir wissen, daß zunehmend mehr Frauen nach längerfristiger Berufspause wieder Erwerbsarbeit suchen. Die allmonatlich von der Bundesanstalt für Arbeit verkündete überproportional hohe Anzahl arbeitslos gemeldeter Frauen spricht Bände.

Und wir wissen, daß zunehmend mehr qualifiziert gebildete und ausgebildete junge Mütter, aber auch manche Väter, Kinder und Beruf ohne länger Ausstiegszeiten miteinander vereinbaren wollen. Mangel an Arbeitsplätzen, Mangel an familienergänzenden Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen sowie fehlende familienfreundliche Arbeitszeiten für junge Eltern verhindern dies bislang noch.

Viele Hilfen, zum Beispiel nach dem Arbeitsförderungsgesetz werden zwar geboten, auch hierbei sind Frauen benachteiligt. Vor allem für Frauen, die aus der Familienarbeit zurückkehren und Erwerbsarbeit suchen, sind solche Maßnahmen häufig unerreikbaar. In zahlreichen Modellversuchen werden Konzepte zur Motivierung, Berufsfindung und beruflicher Wiedereingliederung erprobt.

Dennoch: Das Vorhandene reicht nicht aus. Neue phantasievolle Wege sind nötig. Daher veranstaltet die SPD-Bundestagsfraktion unter Federführung des Arbeitskreises Gleichstellung der Frau am 4. und 5. August 1987 eine öffentliche Anhörung zum Thema „Raus aus dem Beruf, rein in die Familie - zurück in den Beruf? Lebensplanungen von Frauen - eine Herausforderung für Gleichstellungspolitik“. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Betrieben, Arbeitgeberverbänden, Mittelstands- und Handwerksverbänden, Gewerkschaften, Berufsbildungsinstitutionen, Forschungsinstituten soll ein machbares Konzept zur Erschließung qualifizierter, zukunftssicherer Arbeits- und Ausbildungsplätze erarbeitet werden.

Dabei sind die Bedürfnisse der Frauen und ihrer Familien im besonderen zu berücksichtigen. Die Suche nach Wegen in den Beruf hinein oder wieder zurück ist nicht allein eine Aufgabe der individuell betroffenen Frau, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe, die in gemeinsamer Verantwortung von allen Beteiligten zu lösen ist.

(-/31.7.1987/rs/ks)

* * *



Zu Existenzfragen sagte Kiechle kein Wort

Der Agrarminister versuchte die Landwirte mit Floskeln abzuspeisen

Von Rudolf Müller MdB

Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Maßlos enttäuschen müssen die Aussagen von Bundesminister Kiechle in seiner jüngsten Pressekonferenz alle, die endlich die längst fälligen Maßnahmen der Bundesregierung zur Existenzsicherung der deutschen Landwirte erwarteten.

Fehlansage; Kiechle beschränkte sich auf die lapidare Aufzählung längst bekannter Maßnahmen, deren Ausgestaltung und Anwendungszeitpunkt jedoch im Dunkeln blieben.

Bedeutsamer war da schon, was Kiechle nicht sagte.

So verschwieg der Minister, daß die Hilfen für die Extensivierung sowie die Anhebung der Ausgleichszulage schon Anfang März in Brüssel beschlossen wurden, dennoch 1987 in der Bundesrepublik nicht mehr zur Anwendung gelangen. Auch für 1988 sind keinerlei Mittel dafür vorgesehen.

Ebenso verschwieg der Minister, daß die von ihm so - zurecht - gelobte Vorruhestandsregelung bisher vor allem am Widerstand der Bundesregierung in Brüssel gescheitert ist.

Bemerkenswert auch, daß der Minister kein Wort über das in der Koalitionsvereinbarung verabredete Strukturgesetz verlor, durch welches der bäuerliche Familienbetrieb gegenüber den Agrarfabriken geschützt werden soll. Bestandsobergrenzen waren gleichfalls kein Thema.

Ohne jede Kontur blieb schließlich das vom Bundesminister großartig angekündigte „Aktionsprogramm für den bäuerlichen Familienbetrieb“, das den von einigen Unions-Ministerpräsidenten geforderten „Jahrhundertvertrag“ abblocken soll.

Fazit: Zur Ausfüllung des agrarpolitischen Sommerlochs war diese Vorstellung absolut ungeeignet!

(-/31.7.1987/rs/ks)

* * *